

Vorsitzender Ulbricht: Der Genosse aus Köthen hat nochmals das Wort.

M a a ß n e r (Sachsen-Anhalt): Ich bin wohl falsch verstanden worden. Die Sache ist so: Bei der Reorganisierung des Sekretariats der VdGB in Köthen stand die Frage des Bauern Manske und gleichzeitig des Mitgliedes der SED, einer Sekretärin beziehungsweise Sachbearbeiterin namens Göpel, welche sich als Bauernberaterin Bauern gegenüber in abfälliger Weise gegen die Bodenreform geäußert hatte. Der Kreisvorstand der SED verlangte die Entfernung aus der Abteilung Bauernberatung. Hierauf nahm der Landesverband Halle folgendermaßen Stellung: Über die Einstellung und Entlassung entscheidet der Landesverband und wird die SED nicht hineinreden. Das Mitglied der SED Göpel ist heute noch mit der ideologisch vollkommen unklaren Haltung im Sekretariat der VdGB Köthen in der Bauernberatung tätig. Ein ausführlicher Bericht ist beim Landesvorstand der SED eingegangen und ebenso beim Bauernverband der VdGB. Eine Antwort ist von keiner Seite erfolgt, ebensowenig eine Abstellung. Das ist grundsätzlich zu dieser Sache zu sagen.

S c h e i n h a r d t (Sachsen-Anhalt): Es verhält sich folgendermaßen: Eine Genossin vom Kreisvorstand beschuldigt eine Angestellte, die 19 Jahre alt ist und im Kreisverband der VdGB Dessau-Köthen tätig ist, daß sie sich zustimmend zu den Erklärungen eines Bauern, der sich negativ über die Bodenreform geäußert hat, verhalten hat. Der Kreisvorstand Dessau-Köthen fordert die Entfernung dieser Angestellten von 19 Jahren, weil man politisch unklare Leute dort nicht beschäftigen könne, und fordert die Einstellung von denjenigen, die die Beschuldigung vorgebracht haben. Darauf haben wir geschrieben, daß der Kreis Dessau-Köthen das nicht bestimmen kann, sondern daß wir das mit dem Landesvorstand regeln werden. Im übrigen solle der Kreisvorstand Dessau-Köthen mehr schulisch auf diejenigen wirken, die in den Massenorganisationen tätig sind. Das haben wir als unsere Stellungnahme geschrieben. Eine Äußerung, daß der Kreisvorstand Dessau-Köthen oder die SED nichts zu sagen hätte, ist eine bewußt falsche Unterstellung. So liegen die Dinge.

Vorsitzender Ulbricht: Genossen! Wir können selbstverständlich jetzt in dieser Frage von uns aus keine Entscheidung herbeiführen.